

ANTRAG

der Fraktion der CDU

Errichtung eines LNG-Terminals in Mecklenburg-Vorpommern

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Verwerfungen haben die enorme Abhängigkeit Deutschlands von Importen, insbesondere von Energieerzeugnissen, in den Fokus gerückt und zugleich eindrücklich deutlich gemacht, dass der russische Präsident den Export von Energieerzeugnissen als wirtschaftliche Waffe begreift.
2. Deutschland bezieht mehr als die Hälfte seines Gasbedarfs aus Russland. Es besteht folglich eine extreme Abhängigkeit von den Lieferungen russischen Gases.
3. Um die energiepolitischen Ziele Deutschlands unter Berücksichtigung von Atom- und Kohleausstieg in den nächsten Jahren zu erreichen, wird Deutschland zunehmend auf den Energieträger Gas als Brückentechnologie angewiesen sein.
4. Der erhöhte Bedarf an Gas sollte auch durch die Pipeline Nord Stream 2 gedeckt werden. Zugleich erhöhte sich mit dieser Pipeline jedoch die direkte Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas unter gleichzeitiger Umgehung der bisherigen ostmittel- und osteuropäischen Transitländer, wodurch das Drohpotential Russland gegenüber seinen westlichen Nachbarn erhöht wurde.
5. Um die Versorgungssicherheit Deutschlands sowie die energiepolitischen Ziele zu gewährleisten, ist dringend eine Diversifizierung der Gasimporte notwendig. Ein Weg kann der Bezug von LNG sein.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich beim Bund für die Errichtung eines LNG-Terminals in Mecklenburg-Vorpommern einzusetzen, vergangene Investitionsprojekte auf ihre Umsetzung hin erneut zu prüfen und zukünftige Investitionen zu unterstützen.
2. im Land Rahmenbedingungen zu schaffen, die kurzfristig Investitionsentscheidungen fördern und absichern und langfristig Investitions- und Planungssicherheit, damit über sie perspektivisch auch grüner Wasserstoff importiert werden kann.
3. äquivalent im Bund sich mittels Bundesratsinitiative hierfür einzusetzen.
4. den Einsatz von schwimmenden LNG-Terminals sowie deren Anbindung an das Onshore-Netz in Absprache mit dem Bund zu prüfen und entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen.

5. sich im Bund für eine bessere Verzahnung des Leitungssystems zwischen den alten in die neuen Bundesländer und damit eine Erhöhung der Leitungskapazität einzusetzen, umso das ostdeutsche Gasnetz mittelbar an die bestehende LNG-Kapazität unter anderem in den Niederlanden anzubinden.



Franz-Robert Liskow und Fraktion

Begründung:

-folgt